

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 3. VIERTELJAHR 1963

Bei der Abfassung dieses Berichts mußte auf statistische Angaben zurückgegriffen werden, die im wesentlichen nur bis zum Monat August reichten.¹⁾ Bis dahin war indessen die Wirtschaftsentwicklung mehr als in anderen Jahren stark saisonal ausgeprägt: Nachdem der außergewöhnlich harte Winter bis in den März hinein das Wirtschaftswachstum unterbrochen hatte, setzte im Frühjahr eine sehr rege wirtschaftliche Aktivität ein, um die Produktionseinbußen und Absatzausfälle der Wintermonate wenigstens teilweise wieder auszugleichen. Es folgten die beiden Ferienmonate Juli und August, deren Wirtschaftsdaten für die Beurteilung des Konjunkturverlaufs auch nur bedingt zu verwenden sind. Dies alles erschwert natürlich die Aussagen über die konjunkturelle „Großwetterlage“.

Besseres Konjunkturklima

Immerhin haben die Herbstmessen gezeigt, daß die Unternehmer selbst die konjunkturellen Aussichten wieder zuversichtlicher beurteilen als vor einem Jahr oder als noch im Frühjahr. Die Furcht vor einer Krise oder auch nur vor einer gesamtwirtschaftlichen Stagnation ist verschwunden. Andererseits haben, sich die hier und da geäußerten Erwartungen auf einen erneuten raschen Boom nicht erfüllt. Damit wird es noch eine gute Weile haben — möglicherweise wird das nächste Jahr im Zeichen eines erneuten Aufschwungs stehen, der vielleicht 1965 zu einem Boom führt.

Die gegenwärtige konjunkturelle Entwicklung läßt sich jedenfalls am treffendsten wohl als eine „Phase der Konsolidierung“ kennzeichnen: Das wirtschaftliche Wachstumstempo schwächt sich nicht mehr weiter ab; der Tiefpunkt scheint überschritten zu sein. In der zweiten Hälfte dieses Jahres wird der *reale* Zuwachs des Sozialprodukts wahrscheinlich wieder ebenso hoch sein wie im 2. Halbjahr 1962 (knapp 5 vH). In jüngster Zeit bleibt auch das Produktionswachstum im ganzen kaum noch hinter dem Zuwachs der Produktionskapazitäten zurück. Infolgedessen verschlechtert sich der Ausnutzungsgrad der Produktionskapazitäten nicht mehr weiter. Andererseits ist in jenen Bereichen, in denen — wie auf dem Baumarkt — die Nachfrage insgesamt immer noch die Produktionsmöglichkeiten übersteigt, eine spürbare Beruhi-

gung eingetreten. Die Festigung der Konjunktur äußert sich auch darin, daß der Fächer zwischen den Branchen, die konjunkturbegünstigt sind und jenen, die im Konjunkturschatten stehen, nicht mehr so stark geöffnet ist wie noch vor einigen Monaten, wengleich auch das konjunkturelle Bild in den einzelnen Branchen immer noch erhebliche Unterschiede aufweist. Schließlich sind die Investitionsneigungen der Unternehmer und deren Nachfrage nach Investitionsgütern zwar nach wie vor zu niedrig, um einen neuen Konjunkturaufschwung auszulösen, jedoch ist seit dem Sommer sogar wieder eine zunehmende Tendenz festzustellen. Auch hierin zeigt sich die neugewonnene Zuversicht in die weitere Konjunkturentwicklung.

Hierzu hat — neben der Erwartung wieder steigender Gewinne und erneut wachsender Selbstfinanzierung — insbesondere die starke Aufwärtsentwicklung im Auslandsgeschäft beigetragen. Die sprunghaft angestiegene Auslandsnachfrage hat das Konjunkturklima sehr positiv beeinflußt. Wichtigste Träger der Konjunktur sind aber unverändert der private und der öffentliche Verbrauch sowie die Nachfrage nach Bauleistungen. Allerdings hatten wir schon in unserem letzten Bericht²⁾ darauf hingewiesen, daß auch diese konjunkturellen Kräfte nicht mehr so stark zunehmen. Dies gilt insbesondere für den privaten Verbrauch, da' auch die Löhne und Gehälter nicht mehr so rasch wachsen wie vor einem Jahr. Außerdem ist von den privaten Haushalten — bis zum Spätsommer jedenfalls — verstärkt gespart worden. Das stark belebte Einzelhandelsgeschäft im September deutet allerdings darauf hin, daß die privaten Haushalte wenigstens einen Teil ihrer Ersparnisse für größere Anschaffungen im Herbst zurückgelegt haben. Ist diese Annahme richtig, dann kann mit einem guten Herbstgeschäft gerechnet werden.

Die Abschwächung in der Zunahme des privaten Verbrauchs zeigt sich sehr deutlich in einer Anfang Oktober von der Bundesbank vorgelegten vorläufigen Berechnung von „Sozialprodukt, Einkommen und Ersparnis im ersten Halbjahr 1963“ (*Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, September 1963*). Danach hat der private Verbrauch im ersten Halbjahr 1963 im Vergleich zum ersten Halbjahr 1962 nur noch um 4,6 vH zugenommen, während die Zuwachsraten im zweiten Halbjahr 1962 noch 7,6 vH und im ersten Halbjahr 1962 sogar 10,6 vH betragen hatten. Die Differenz zwischen der Zunahme des privaten Verbrauchs im ersten Halbjahr 1963 (4,6 vH) und der des verfügbaren Einkommens (5,8 vH) ist beträchtlich; sie erklärt sich aus einem Anstieg der Ersparnisse um

1) Dieser Bericht wurde am 12. Oktober 1963 abgeschlossen,
2) Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 7/1963.

nicht weniger als 18,2 vH, wodurch sich die Sparquote von 9 vH im Jahre 1962 auf 9,9 vH im ersten Halbjahr 1963 erhöhte.

Bruttosozialprodukt von 165 Md. DM im ersten Halbjahr

Freilich ist die geringere Zunahme sowohl der Einkommen als auch des privaten Verbrauchs im ersten Halbjahr 1963 zum Teil eine Folge der wirtschaftlichen Stagnation während des diesjährigen harten Winters. Sie konnte durch den Frühjahrsaufschwung im zweiten Vierteljahr keineswegs ausgeglichen werden, sondern hat das ganze wirtschaftliche Ergebnis des ersten Halbjahrs erheblich beeinflusst. So betrug die *reale* (von Preisveränderungen bereinigte) Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts im ersten Halbjahr nur 1 vH gegenüber knapp 5 vH im zweiten Halbjahr 1962 und gut 3 vH im ersten Halbjahr 1962. In jeweiligen Preisen gerechnet, war das Bruttosozialprodukt im ersten Halbjahr 1963 mit rund 165 Md. DM um 4,3 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Auch diese — *nominale* — Zuwachsrate blieb erheblich hinter der des Jahres 1962 (8,5 vH) zurück.

Am größten waren die durch den Winter entstandenen Produktionseinbußen natürlich im Baugewerbe. Kein Wunder also, wenn die Bauinvestitionen im ersten Halbjahr 1963 nur geringfügig über denen des gleichen Vorjahrszeitraums lagen — wird der gleichzeitige Preisanstieg von 6 bis 7 vH berücksichtigt, dann bleiben sie sogar um fast den gleichen Prozentsatz unter dem Vorjahrsergebnis. Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen nahmen wertmäßig im ersten Halbjahr nur um knapp 1 vH zu.

Verteidigungsaufwand nimmt um 30 vH zu

Am stärksten und weit über dem Durchschnitt wuchs indessen mit 12,9 vH der Staatsverbrauch an. Dies ist jedoch fast ausschließlich auf die starke Zunahme der Verteidigungsaufwendungen zurückzuführen: Während die laufenden Käufe der öffentlichen Haushalte für zivile Zwecke um 6,7 vH zunahmen, stiegen die militärischen Aufwendungen um nicht weniger als 30 vH an. Auch im Jahre 1962 betrug der Zuwachs der Verteidigungsaufwendungen 32,2 vH; demgegenüber blieb die Zuwachsrate des zivilen Sektors damals mit 7,9 vH unter dem Durchschnitt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Berechnung, die die *Berliner Handelsgesellschaft* vorgenommen und in ihrem *Wirtschaftsdienst* Nr. 423 vom 14. September 1963 erläutert hat. Bei dieser Berechnung wird der Anstieg der einzelnen Nachfrage-

komponenten — privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen, Auslandsnachfrage — zu dem durchschnittlichen Anstieg der Gesamtnachfrage in Beziehung gesetzt. „Nimmt man diesen Durchschnittssatz als 100, dann ergeben sich für die einzelnen Nachfragekomponenten Meßzahlen, die — je nachdem, ob sie über oder unter dem Durchschnitt liegen — die Quellen der Übernachfrage deutlich machen. Die auf diese Weise für das Jahr 1963 ermittelten Meßzahlen sind für sich allein schon aufschlußreich, ergänzt durch die Meßzahlen des Boomjahres 1960 bilden sie darüber hinaus eine Bewegungsreihe, an der sich der völlige Wandel der konjunkturellen Kräfte während der letzten Jahre ablesen läßt.“ Die Meßziffer für den Staatsverbrauch steigt bei diesem Vergleich von 103 im Jahre 1960 auf 183 im Jahre 1963. „Gliedert man den Staatsverbrauch nach Zivilbedarf und Verteidigungsaufwendungen, dann wird das Bild noch interessanter: seit 1960 ist die Meßzahl beim Zivilverbrauch von 109 auf 100, das heißt auf den Durchschnitt der Gesamtnachfrage, gesunken. Der staatliche zivile Verbrauch ist also zur Zeit konjunkturell gesehen neutral. Anders verhält es sich bei den Verteidigungsausgaben. Hier hat sich die Meßzahl mehr als verdoppelt. Sie stieg von 149 auf 308.“

Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt beträgt in diesem Jahr bereits 5,6 vH; zusammen mit der Finanzhilfe Berlin — die ja auch ein finanzieller Beitrag zur Verteidigung des Westens ist — macht er 6 vH aus. Damit steht die Bundesrepublik keineswegs hinter den Verteidigungsanstrengungen anderer vergleichbarer NATO-Länder, wie Frankreich und Großbritannien, zurück, obwohl die Bundesrepublik weitaus höhere Kriegsfolgelasten hat.

Dennoch sollen 1964 die Verteidigungsausgaben wiederum überproportional ansteigen. Der Verteidigungshaushalt darf jedoch nicht von einer auf Einsparungen bedachten Politik der Mittelbewilligung ausgenommen werden. Den Verteidigungshaushalt auf eine sparsame und wirtschaftliche Ausgabenpolitik hin zu überprüfen, wird um so dringender, als das ständige überdurchschnittliche Anwachsen der Militärausgaben mit dem Nachlassen des wirtschaftlichen Wachstumstempos mehr und mehr die Erfüllung wichtiger ziviler Aufgaben des Bundes beeinträchtigt. Damit entstehen aber Gefahren für die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Verteidigungsbereitschaft.

Wieder größere Wachstumsrate im zweiten Halbjahr

Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* gibt in seinem *Wochenbericht* vom 20. September 1963 eine Vorausschätzung des

Sozialprodukts im dritten Vierteljahr 1963. Die Entwicklung im vierten Vierteljahr dürfte ähnlich verlaufen, so daß die Annahmen für das dritte Vierteljahr voraussichtlich auch ungefähr für das gesamte zweite Halbjahr 1963 zutreffen werden. Das Institut schätzt, daß die Zuwachsrate des Sozialprodukts im dritten Vierteljahr 1963 *real* knapp 5 vH und *nominal* rund 7 vH betragen hat. Die Brutto-lohn- und -gehaltssumme hat mit etwa 7 vH etwas weniger als das Sozialprodukt zugenommen. Auch der private Verbrauch ist hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben, seine Zuwachsrate von 6 vH ist aber wieder größer als im ersten Halbjahr. Die Ausrüstungs-investitionen stiegen ebenfalls etwas an, liegen jedoch mit 4 vH immer noch beträchtlich unter dem Durchschnitt. Weit über dem Sozialproduktsanstieg ist nach der Schätzung des Instituts die Zuwachsrate der Bauinvestitionen (16 vH), des öffentlichen Verbrauchs (10 vH) und der Ausfuhr (10 vH).

Die *Industrieproduktion* war im Durchschnitt der Monate April bis August 1963 um reichlich 4 vH größer als im gleichen Vorjahrszeitraum. Über diesem Durchschnittssatz lag vor allem die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie und hier wieder insbesondere die von der Bautätigkeit abhängige Industrie der Steine und Erden, die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung. Dagegen mußte die Stahlindustrie während des ganzen Zeitraums (April bis August) im Vergleich zum Vorjahr weitere beträchtliche Produktionseinbußen hinnehmen. In der Eisen- und Stahlerzeugung betrug der Produktionsrückgang z. B. im zweiten Vierteljahr 5,1 vH, im Juli 9,5 vH und im August 4,9 vH. Besser als der Durchschnitt war das Gesamtergebnis der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, während in der Verbrauchsgüterindustrie das Produktionswachstum in der Textil- und Bekleidungsindustrie etwa dem Durchschnitt entsprach.

Die Investitionsgüterindustrie hat zwar auch in dem Zeitraum April bis August — unter dem Durchschnitt liegende — Zuwachsraten zu verzeichnen, sie sind aber das Ergebnis recht unterschiedlicher Bewegungen bei den einzelnen Branchen. Das Schwergewicht der Investitionsgüter erzeugenden Industrie liegt beim Maschinenbau und bei der elektrotechnischen Industrie. In beiden Industrien ging die Produktion bis zum Juli im Vergleich zum Vorjahr zurück. Erst im August erreichte die Produktion im Maschinenbau wieder die entsprechende Vorjahrsgröße, wobei allerdings die Erzeugung von Maschinen für die Produktionsgüterindustrie unverändert rückläufig war. In der elektrotechnischen Industrie wurde im August die Produktionsminderung der Vormonate wieder von einer Zunahme abgelöst.

Wenn es indessen im Durchschnitt der Investitionsgüterindustrie überhaupt Zuwachs-

raten gegeben hat, dann nur deshalb, weil es im Fahrzeugbau — und hier vor allem in der Produktion von Personenkraftwagen — stürmisch vorangeht: Im zweiten Vierteljahr war die Produktion von Pkw um 21 vH, im Juli um 37 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit; das Augusergebnis kann wegen der in dieser Branche üblichen Betriebsferien nicht zum Vergleich herangezogen werden.

Von diesem erneuten Boom in der Automobilindustrie werden sicherlich mit der Zeit auch spürbare Impulse auf die Stahlindustrie ausstrahlen. In der Zeitschrift *Stahl und Eisen* wurde kürzlich festgestellt, daß die westdeutsche Automobilindustrie im vergangenen Jahr rund 3,3 Mill. t Stahl verbraucht hat. Die Verbrauchszunahme entsprach der Wachstumsrate in der Pkw-Produktion. Der durchschnittliche Stahlverbrauch je Fahrzeug (928 kg) hat sich nämlich kaum verändert, da die Tendenz zum Bau leichterer Karosserien und Fahrgestelle ausgeglichen wird durch eine Verschiebung der Anteile beim Verkauf und bei der Produktion zugunsten der Wagen der mittleren und der großen Klassen. Rund 46 vH des von der Automobilindustrie verbrauchten Stahls sind Bleche, und insgesamt waren im vergangenen Jahr 84 vH Walzstahl-Fertigerzeugnisse. Das entsprach einem Anteil von immerhin 12,8 vH an der Walzstahl-Produktion.

Starker Produktivitätsfortschritt

Die Industrieproduktion stieg, wie erwähnt, um reichlich 4 vH, obwohl die Zahl der Beschäftigten in der Industrie etwas zurückgegangen und — im zweiten Vierteljahr sogar um 3,2 vH — weniger Arbeitsstunden geleistet wurden als ein Jahr zuvor. Ausschlaggebend war demnach allein die hohe Arbeitsproduktivität. Der Produktivitätszuwachs betrug z. B. im zweiten Vierteljahr rund 6 vH.

Ein eindrucksvolles Bild von dem Produktivitätsfortschritt in der westdeutschen Industrie seit 1950 vermittelt eine Untersuchung des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung* (*Wochenbericht vom 27. September 1963*). Um einen von Preisveränderungen bereinigten Nettoproduktionswert von 1000 DM zu erbringen, mußte 1962 nur noch knapp die Hälfte an Arbeiterstunden geleistet werden als 1950. Ähnlich entwickelte sich das Verhältnis zwischen der Zahl der Beschäftigten (Arbeiter und Angestellte) und der industriellen Wertschöpfung. Jahr für Jahr können einige Beschäftigte eingespart werden, wenn eine gleichbleibende Menge an Gütern und Dienstleistungen im Nettoproduktionswert von 1 Mill. DM erbracht wird. Von 1950 bis 1962 hat sich die Zahl der Beschäftigten, die zur Erzielung eines *realen* Nettoproduktionswertes von 1 Mill. DM erforderlich sind, um zwei

Fünftel vermindert. Von besonderem Interesse ist ein vom Institut vorgenommener Vergleich der Entwicklung des spezifischen Bedarfs der Industrie an Arbeiterstunden mit der von den Unternehmern so oft beklagten tariflichen Arbeitszeitverkürzung seit 1955. Eine derartige Gegenüberstellung zeige, so meint das Institut, „daß die Zunahme der Stundenproduktivität im Durchschnitt der gesamten Industrie die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen um mehr als das Dreifache überkompensiert hat. Ein solcher Vergleich sagt natürlich nichts über die Rentabilität der Produktion, da er die Lohnentwicklung, die Entwicklung der Absatzpreise und andere Faktoren außer acht läßt. Er erlaubt jedoch das Urteil, daß Arbeitszeitverkürzungen des bisher gewohnten Umfangs, für sich betrachtet, in sämtlichen Branchen der Industrie von der laufenden Produktivitätssteigerung ohne weiteres aufgefangen werden — mit der bisher einzigen Ausnahme des Schiffbaus, dessen bedrohliche Unterauslastung aber eine besondere Beurteilung erfordert.“

Wieder steigender Ausfuhrüberschuß

Diese Aussage der Wirtschaftsforschung rückt die zur Arbeitszeitverkürzung übliche Arbeitgeberargumentation in das rechte Licht. Ähnliches gilt für die Behauptung, unsere Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten sei durch die Lohn- und Gehaltserhöhungen ernstlich gefährdet. Wir haben in unserem letzten Bericht diese Behauptung schon mit Angaben des *Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung* über die Position der Bundesrepublik auf den Weltmärkten entkräften können. Auch das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* spricht (in seinem *Wochenbericht vom 27. September 1963*) von einer „nie ernstlich gefährdete(n) Wettbewerbsposition der westdeutschen Wirtschaft“, die zudem seit einiger Zeit „durch das Aufleben inflatorischer Tendenzen in Westeuropa, vor allem in Frankreich und in Italien erheblich verbessert worden ist. Der ungewöhnlich starke Anstieg des Warenbilanzüberschusses Westdeutschlands gegenüber diesen Ländern, der sich innerhalb eines Jahres (erstes Halbjahr 1963 gegen erstes Halbjahr 1962) vervierfachte (Frankreich) bzw. verdreifachte (Italien), zeigt deutlich, in welchem Tempo die westdeutsche Ausfuhr bei kaum gestiegener Einfuhr aus diesen inflationsgefährdeten Ländern zugenommen hat.“

Insgesamt hat die Ausfuhr in den ersten acht Monaten des Jahres gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um 6,4 vH zugenommen. Der Wert der Einfuhr lag dagegen nur um 4,5 vH über dem entsprechenden Vorjahrswert; ohne die Einfuhren von Rüstungsgütern und nach einer statistischen Korrektur betrug die Zuwachsrate der Einfuhr

sogar nur knapp 2 vH. Die Folge des unterschiedlichen Zuwachses bei Ausfuhr und Einfuhr ist ein wieder beachtlich wachsender Ausfuhrüberschuß; er betrug in den ersten acht Monaten 2,8 Md. DM gegenüber 2,1 Md. D-Mark ein Jahr zuvor. Dabei ist die Ausfuhr besonders in den letzten Monaten stark angestiegen, wovon nicht zuletzt auch der Maschinenbau profitierte. Im August 1963 lag der Wert der Ausfuhr z.B. um 13 vH über dem Vorjahrsergebnis, während der Einfuhrwert nur um 4 vH höher war. Infolgedessen erreichte der Ausfuhrüberschuß im August eine Höhe von fast 600 Mill. DM gegenüber 218 Mill. DM im August 1962.

Auch bei den Auftragseingängen aus dem Ausland sind hohe Zuwachsraten festzustellen. Sie betrugen im zweiten Vierteljahr 17,8 vH, im Juli sogar 30,8 vH und im August 16 vH. Diese günstige Entwicklung erstreckt sich über alle großen Bereiche der Industrie. Demgegenüber sind die inländischen Auftragseingänge im ganzen noch unbefriedigend. Im zweiten Vierteljahr lagen sie noch unter den Vorjahreswerten, im Juli war allerdings eine Zunahme um 4,7 vH zu verzeichnen gewesen, aber im August war der Zuwachs nur geringfügig.

Leichte Entspannung auf dem Baumarkt

Eine spürbare Entspannung ist auf dem Baumarkt eingetreten. Die in den Baugenehmigungen zum Ausdruck kommende Nachfrage nach Bauleistungen hat sich erheblich abgeschwächt. Die Gründe hierfür dürften beim Wirtschaftsbau insbesondere die mit der Konjunkturabschwächung verbundene Abnahme der Investitionsbereitschaft sowie das - Ende des Jahres auslaufende — Baustoppgesetz und beim Wohnungsbau die Kürzung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau sowie die Einschränkung der steuerlichen Vergünstigungen nach § 7b EStG sein. Allein im sozialen Wohnungsbau ist die Zahl der Wohnungen, für die öffentliche Mittel bewilligt wurden, im ersten Halbjahr 1963 um mehr als ein Viertel gegenüber dem ersten Halbjahr 1962 zurückgegangen. Insgesamt war die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen im ersten Halbjahr um 12 vH niedriger als im gleichen Vorjahrszeitraum. Das Volumen der erteilten Baugenehmigungen im Hochbau - gemessen in cbm umbauten Raumes — lag im ersten Halbjahr um 15 vH, im Juli um 2,8 vH und im August um 9,5 vH unter den entsprechenden Vorjahresergebnissen.

Die politisch manipulierten Preise steigen

Für die Arbeitnehmerhaushalte ist der Preisindex für die Lebenshaltung am wichtigsten. Er lag im September 1963 um 2,8 vH höher

als im September 1962. Wahrscheinlich wird aber das Oktober-Ergebnis einen größeren Preisanstieg offenkundig werden lassen. Die Verbraucher mußten in diesem Herbst eine Reihe empfindlicher Preiserhöhungen hinnehmen, angefangen vom Hausbrand über die Mieten in den sogenannten „weißen Kreisen“ bis zur Milch, Butter, zum Fleisch und vermutlich auch zum Zucker. In ihrer monatlichen Berichterstattung über die Verbraucherpreise stellt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (vom 27. September 1963) fest, daß von den 30 von ihr erfaßten Nahrungsmittelpreise im September allein 15 gestiegen und nur 3 gesunken sind. Zur Preiserhöhung bei Butter und Käse schreibt die FAZ, man hätte sie „müheles durch Butterauslagerung aus den Vorratsstellen oder durch Einfuhrausschreibungen ausgleichen können. Den für die Preispolitik zuständigen Stellen war jedoch anscheinend daran gelegen, „ergänzend“ zu der bevorstehenden Erhöhung der Trinkmilchpreise auch die Butter- und Käsepreise etwas aufzubessern“. Hierbei handelt es sich um jene politisch manipulierten Preise, die, wie in

einer längeren Abhandlung über die Rolle des Staates bei der Preisbildung in der führenden Wirtschafts- und Finanzzeitung *Der Volkswirt* (vom 30. August 1963, S. 2016 ff.) festgestellt wird, „in den abgelaufenen 13 Jahren am meisten zur Verteuerung der Lebenshaltungskosten beigetragen haben“. Rund die Hälfte seiner Ausgaben tätigt der Durchschnittsverbraucher zu politischen Preisen. Der Gesetzgeber und die Bundesregierung haben also große Möglichkeiten zur Stabilisierung des Preisniveaus. Die staatliche Preispolitik dient indessen fast ausschließlich dazu, bestimmten Personengruppen Einkommensverbesserungen zukommen zu lassen, und nicht dazu, das Ziel eines stabilen Preisniveaus anzustreben. Im *Volkswirt* heißt es dazu mit Recht: „Die Wertung solcher staatlich sanktionierten Preiserhöhungen sei dahingestellt. Unstreitig jedoch ist, daß man nicht Preise als politisches Instrument handhaben und im gleichen Atemzuge die Stabilität des gesamten Preisniveaus zum obersten wirtschaftspolitischen Prinzip erheben kann. Wer's tut, spricht mit zwei Zungen.“ *Günter Pehl*